

Pro ZUKUNFT

Der Navigator durch die aktuellen Zukunftspublikationen

In Zusammenarbeit mit **Future Survey**

20. JAHRGANG, 2006 | 1

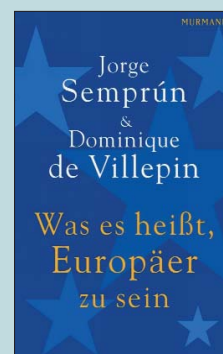
EDITORIAL

Die Weltverortung Europas

Wie selten zuvor, bewegt und entzweit die die Europäische Union in ihrer aktuellen Verfassung die Gemüter: Von permanenter Krise und einem Projekt mit Ablaufdatum sprechen die einen; vorrangig als Wirtschafts- und Wirtschaftprojekt zum Zweck permanenter Wohlstandsmehrung sehen es die anderen. Darüber hinaus – und diese Perspektive ist vergleichsweise neu – wird das „Modell Europa“ auch als Wegbereiter eines global fairen und solidarischen Interessenausgleichs gesehen, das unter Anerkennung der legitimen Bedürfnisse aller Menschen für eine weltweite „Umsteuerung“ eintritt. Europa – zumindest darin stimmen die meisten Beobachter überein – ist im Umbruch begriffen und zunehmend gefordert, sein ökonomisch dominiertes Selbstverständnis zu hinterfragen und neu zu definieren. Auf vorerst noch leise, aber doch verstärkt wahrnehmbare Signale dieser neuen Weltverortung Europas verweist eine Reihe hier vorgestellter aktueller Publikationen ebenso wie eine Vielzahl persönlicher Begegnungen mit Wegbereitern einer „anderen Globalisierung“.

Zudem wird deutlich, dass die Zeichen des Wandels auch von den politischen Eliten bemerkt und verstanden werden: Wenn etwa Jorge Semprún und Frankreichs Premier Dominique de Villepin in Form eines Briefwechsels über das Fundament, die neue Krise und die Zukunft Europas nachdenken¹⁾, so überrascht angesichts ihrer jeweils unterschiedlichen Geschichte und politischen Herkunft das hohe Maß geteilter Überzeugungen. Beide halten die Ablehnung des EU-Verfassungsentwurfs für einen schweren Fehler, beide kritisieren den Vorrang ökonomischer Interessen und beide stimmen dar-

in überein, dass Europa zur Achtung und Umsetzung von (internationalem) Recht, Frieden und Teilhabe nicht nur sich selbst, sondern vor allem auch der Welt gegenüber verpflichtet ist. Dass Jorge Semprún vor allem der Kultur im Erweiterungsprozess größte Bedeutung beimisst, während de Villepin sich u. a. für die Entwicklung eines europäischen Sozialmodells einsetzt, sei (im Wissen um eine allzu verkürzende Empfehlung) gleichfalls erwähnt. In einem wesentlichen Punkt – der Herausbildung weltweit fairer Bedingungen zur Durchsetzung einer global nachhaltigen und solidarischen Entwicklung - finden sich an genannter Stelle hingegen nur wenige Hinweise. Breite Aufmerksamkeit und aktive



in überein, dass Europa zur Achtung und Umsetzung von (internationalem) Recht, Frieden und Teilhabe nicht nur sich selbst, sondern vor allem auch der Welt gegenüber verpflichtet ist. Dass Jorge Semprún vor allem der Kultur im Erweiterungsprozess größte Bedeutung beimisst, während de Villepin sich u. a. für die Entwicklung eines europäischen Sozialmodells einsetzt, sei (im Wissen um eine allzu verkürzende Empfehlung) gleichfalls erwähnt. In einem wesentlichen Punkt – der Herausbildung weltweit fairer Bedingungen zur Durchsetzung einer global nachhaltigen und solidarischen Entwicklung - finden sich an genannter Stelle hingegen nur wenige Hinweise. Breite Aufmerksamkeit und aktive

Highlights

- 3 | A. Muschg: Was ist europäisch?
- 6 | F. Fischler u. Ch. Ortner: Europa
- 7 | Das kritische EU-Buch (Hg. v. Attac)
- 14 | Ch. Duncker: Was ist los mit den Deutschen?
- 16 | B. Pötter: König Kunde ruiniert sein Land
- 21 | H. Kromp-Kolb u. H. Formayer: Schwarzbuch Klimawandel
- 26 | Alter gestaltet Zukunft (Hg. v. Städtenetzwerk NRW)

Magazin | Termine

„Sustainable Mozart“: W. Sachs u. F. Fischler im Gespräch

Veranstaltungstipp „KünstlerInnen-Workshop“ in der JBZ

Unterstützung verdienen zivilgesellschaftliche Aktivitäten wie die „Global Marshall Plan Initiative“ oder Attac – vgl. dazu in dieser Ausgabe v. a. Nr. 2, 4, 5 u. 7 –, die durchaus unterschiedliche Strategien zur Erreichung weitgehend gleicher Anliegen verfolgen. Umso wichtiger wäre es, auf einander zuzugehen, Gemeinsamkeiten auszuloten und Kräfte zu bündeln.²⁾ Dabei ginge es keineswegs darum, grundlegend als richtig erkannte Instrumente wie etwa die Ökosoziale Marktwirtschaft oder Konzepte zur Besteuerung bedeutender Kapitalerträge gegen einander auszuspielen oder abzutauschen. Hingegen wäre es sinnvoll, sich über Grundsatzfragen, etwa die von Franz Josef Radermacher wohl zu Recht ins Treffen geführte Möglichkeit einer Win-Win-Situation für alle Beteiligten in Anbetracht grundsätzlich begrenzter Ressourcen zu verständigen. Nicht zuletzt könnte das Nachdenken über operative Ziele (etwa im Umgang mit etablierten Institutionen und deren Repräsentanten) neue Perspektiven und Potenziale zivilgesellschaftlichen Engagements erschließen. In der denkbaren Verbindung eines international entwickelten Netzes von Befürwortern der „anderen Globalisierung“ mit Sympathisanten einer ökosozialen Umsteuerung könnte somit dem Anliegen beider Seiten gedient sein. Geholfen wäre vor allem jenen Menschen, die tagtäglich unter den Bedingungen der Ausbeutung und Erniedrigung zu leiden haben. Allein diese Option sollte – sofern vorhanden – dazu beitragen, Vorbehalte und Skepsis gegenüber der jeweils anderen Seite hintanzustellen, denn die Stärkung zivilgesellschaftlichen Engagements ist ein wesentlicher Schlüssel zu globalem Ausgleich.

Mit dem Wunsch für eine erkenntnisreiche Lektüre,

Ihr



w.spielmann@salzburg.at



¹⁾ **1** Semprún, Jorge; Villepin, Dominique de: **Was es heißt, Europäer zu sein.** Hamburg: Murmann, 2006. 210 S., €24,90 [D], 25,60 [A], sFr 43,60 ISBN 3-938017-48-1

²⁾ **2** Zur jüngsten Kritik von Attac Österreich an den Positionen der GMPI vgl: www.attac.at/2469.html, eine Entgegnung von Josef Riegler, verbunden mit der Einladung zu einem kritisch-konstruktiven Diskurs ist zu finden in *Global Marshall Plan News 03/2006* (zu bestellen über news@globalmarshallplan.org)

I N H A L T

Editorial	1
Navigator	3
<i>Im Navigator werden Bücher, Links, Neue Medien und graues Material zu einem Schwerpunkt sowie zu weiteren Themen vorgestellt.</i>	
Europa	3
Was ist europäisch? (A. Muschg), Hoffnung Europa (Hg. v. GMPI), Wege zu einer gerechteren Welt (Red.: J. Kaup), Europa (F. Fischler), Das kritische EU-Buch (Hg. v. Attac) u. a. m	
Trend- und Zukunftsforschung	10
Zur Lage der Welt 2005 (Hg. v. Worldwatch Inst.), Trend-Report 2006 (Horx/Friedemann), Die Mitte lebt (Rodenhäuser/Burmeister u.a.), Zukunft: Freizeit:Wissenschaft (Hg. R. Popp) u. a. m.	
Nachhaltigkeit - Umwelt - Konsum	15
König Kunde ruiniert sein Land (B. Pötter), Die Zukunft der Infrastrukturen (Hg. R. Loske), Nachhaltigkeit und Ernährung (Hg. v. K. M. Brunner), Schwarzbuch Klimawandel (Kromp-Kolb/Formayer) u. a. m.	
Soziales Lernen	20
Netzwerklernen und Kreislaufwirtschaft (D. Schreiber), Die emotionale Matrix (Hosang/Stefan), Hinter den Kulissen der Mediation (Hg. v. A. v. Sinner), Raum für den Frieden (H. Owen) u. a. m.	
Politik - Soziales - Arbeit	25
Briefe an den Reichtum (Hg. C. Amery), Grünes Geld (Deml/May), Das Politische in der Arbeitspolitik (Hg. v. St. Lehndorff) u. a. m.	
Magazin	29
<i>Im Magazin berichten wir über News aus der Zukunftsforschung, der Zukunftswerkstätten-Szene sowie über eigene Projekte und Veranstaltungen.</i>	
Rückblick „Sustainable Mozart 1“	29
Inserat	30
Termine	31
Register	31
KünstlerInnen-Workshop in der JBZ	32
Impressum	32

Die nächste Ausgabe von **proZukunft** erscheint im Juni 2006

standenen Texte sind ein wertvoller Beitrag zum Diskurs über Europa. Adolf Muschg wird übrigens an der Schlussveranstaltung der JBZ-Reihe „Sustainable Mozart“ am 26. Juni in Salzburg mitwirken. Wir freuen uns auf die Begegnung! H. H.

Europa: Kultur



4 Hoffnung Europa.
Strategie des Miteinander.
Hrsg. v. d. Global Marshall
Plan Initiative. Hamburg,
2006. 308 S., € 12 [D]
ISBN 3-9809723-4-8
(Bestellung: GMPI, Steckel-
hörn 9, 20457 Hamburg,
Tel. +49(0)40-822 90 420)

„Wir können davon ausgehen, dass die parlamentarische Demokratie die stabilste und dauerhafteste Form der Regierung darstellt und die soziale Marktwirtschaft die beste Gesellschaftsordnung in einer unvollkommenen Welt ist. Die sorgfältige Ausformulierung des Global Marshall Plans beweist, dass wir vom Normativen zum Praktischen voranschreiten.“

(S. Dasgupta in **4**, S. 230)

„Wir werden alle notwendigen Anstrengungen unternehmen, für einen Wandel von einer Kultur der Stärke, der Gewalt und des Zwangs hin zu einer Kultur des Dialogs, der Versöhnung des Rechts und des Friedens.“ Dieser Satz – als zentrale Botschaft eines Traums von dem ehemaligen UNESCO-Direktor Federico Mayor formuliert, steht gewissermaßen stellvertretend für viele Beiträge in diesem Band. Er versammelt kurz gehaltene Statements überwiegend prominenter Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Philosophie, die ihrer „Hoffnung Europa“ Ausdruck geben. Die Vision eines sozialen, friedfertigen und solidarischen Zukunftsmodells Europa, so zeigt die Lektüre, ist gleichermaßen vielfältig wie tragfähig. So unterschiedlich die nicht nur aus Europa stammenden AutorInnen von ihrem Hintergrund und ihrer Herkunft, und somit die Blickwinkel der mehr als 40 Beiträge auch sind, so ist ihnen doch eines gemeinsam: Sie alle sehen, um mit dem Literaturwissenschaftler Jürgen Wertheimer zu sprechen, Europa (und insbesondere die EU) als „unvollendete, transkulturelle Baustelle“, an der mitzuwirken wir alle mit aufgefördert sind. „Europäische Werte“, „Kultur des Miteinanders“, „Bürgernähe und Partizipation“, „Zukunft der EU“, „Ökosoziale Marktwirtschaft – Für eine Welt in Balance“ und „Globalisierung – made in Europa“ sind die Kapitel überschrieben, in denen das (im Anhang ausführlich beschriebene) Konzept des Global Marshall Plan (GMP, www.globalmarshallplan.org) eine wichtige Rolle spielt. Als vorrangiges Anliegen dieser Initiative, deren aktive Unterstützung vor kurzem die Landtage in Oberösterreich und Salzburg beschlossen haben, benennen deren Promotoren Frithjof Finkbeiner, Franz Fischler, Franz Josef Radermacher und Josef Riegler die Konzentration auf die Ent-

wicklung des afrikanischen Kontinents. Durch alternative, internationale Finanzierungsinstrumente (wie etwa die Besteuerung von Finanztransaktionen und international gehandelten Waren) sowie intelligente Instrumente der Kofinanzierung (eines der Erfolgsrezepte der EU) zur Einführung verbindlicher ökologischer und sozialer Standards sollte Europa, so ihre Hoffnung, auch als Vorreiter einen entscheidenden Beitrag zur Umsetzung der UN-Millenniumsziele leisten. Vor allem in den EU-Vorsitz von Österreich, Finnland und Deutschland werden diesbezüglich große Erwartungen gesetzt. Doch gibt es freilich auch durchaus skeptische Stimmen. Mit den derzeitigen Instrumentarien – so etwa der Friedensforscher Johan Galtung – dürften diese Ziele kaum zu erreichen sein. Sein Plädoyer für eine neue, „von den Völkern Europas getragene starke Friedensbewegung“ und die Umsetzung der GMP-Ziele auf regionaler Ebene – keineswegs nur beschränkt auf Maßnahmen der Bewusstseinsbildung – verweist exemplarisch auf die zahlreichen, schwierigen und vorerst noch ungelösten Herausforderungen. Freilich, oder besser noch, umso mehr: Der Einsatz für diese tragfähige Vision einer global nachhaltigen Entwicklung ist alle Mühe wert. W. Sp.

Global Marshall Plan



5 Wege zu einer gerechteren Welt.
Ö1-Features von Johannes
Kaup [Red.]. Wien: Ökosoziales
Forum Europa (u. a.),
2005. 126 S., € 9,50,
sFr 16,70
ISBN 3-9501869-5-8

Während in dem zuvor präsentierten Band „Hoffnung Europa“ vorrangig politische Prominenz für die Global-Marshall-Plan-Initiative (GMPI) wirbt, kommen an dieser Stelle vor allem WissenschaftlerInnen und ExpertInnen zu Wort. Die in zwei Kapiteln von Ö1-Mitarbeiter Johannes Kaup eher unvermittelt eingeleiteten und lose aneinander gereihten Statements von nicht weniger als 33 Fachleuten, deren Abfolge und Zusammenhang sich nicht unmittelbar erschließt, haben einige Wiederholungen zur Folge und verlangen vom Leser auch einiges an assoziativer Mitarbeit ab. Mehr als wettgemacht wird dieses Manko jedoch durch eine Vielzahl beachtenswerter Beiträge, die zeigen, dass die zentralen Anliegen der Initiative auf breite Zustimmung stoßen.

Die gegenwärtige weltweite Wachstumsdynamik

– so ließen sich die Beiträge des ersten Abschnitts „Von den UN-Millennium-Entwicklungszielen zum GMP“ zusammenfassen – muss in Richtung ökosozialer Standards umgebaut werden. Internationale Vereinbarungen, die vor allem auf Ko-Finanzierungsmodellen beruhen, sollten bis spätestens 2015 die Umsetzung der Millenniumsziele ermöglichen und über 50 bis 60 Jahre weltweit gar zu einem weltweiten „Equity“-Standard von 50 Prozent führen, wie er heute bereits in der EU als Definition der Armutsgrenze festgeschrieben ist. Demnach sollte im Schnitt niemand über weniger als 50 Prozent des Durchschnittseinkommens verfügen!

Um dieses, zugegeben sehr ambitionierte Ziel für rund 10 Mrd. Menschen Mitte des 21. Jahrhunderts zu erreichen, dürfte es freilich nicht genügen, die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit zumindest auf das schon lange angepeilte Niveau von 0,7 Prozent des BSP – die EU strebt bis Ende 2006 0,33 Prozent an (!) – anzuheben. Ebenso unverzichtbar ist die Besteuerung global transferierten Kapitals und international gehandelter Güter, zwei zentrale Bausteine im Maßnahmenpaket der GMPI, die auch an dieser Stelle von verschiedener Seite angesprochen werden. Dass Friedenssicherung und globale Zukunftsfähigkeit weit mehr als nur eine Frage der angemessenen Wohlstandssicherung auf nationaler Ebene ist – vgl. dazu an dieser Stelle vor allem die Ausführungen von Franz Josef Radermacher zum „Equity“-Ansatz S. 34ff. und S. 101ff. – machen u. a. Joseph Stiglitz und Jakob von Uexküll in ihren Beiträgen deutlich. Die Herausforderung der Umverteilung sei in Anbetracht der vorhandenen, aber ungleich verteilten Mittel weit weniger eine ökonomische als eine politische. Vor allem hier – darüber herrscht weithin Konsens – ist der Einsatz Europas gefordert. Dabei hat der Alte Kontinent – darauf weist Franz Fischler, Präsident des Ökosozialen Forums Österreich und Europa, hin – durchaus etwas vorzuweisen: 85 Prozent der Agrarexporte aus Afrika und 45 Prozent aus Südamerika werden von Europa aufgenommen. Ein berechtigter Hinweis darauf, dass die Verantwortung für eine global tragfähige Entwicklung unter – erst zu schaffenden – fairen Bedingungen von allen gemeinsam zu leisten wäre.

„Chancen und Barrieren der Nachhaltigkeit“ werden im zweiten Abschnitt aus unterschiedlicher Perspektive thematisiert. Realistische Chancen einer Effizienz-Revolution – Stichwort: „Faktor 4“ – , die damit einhergehende Erwartung der Aufwertung von Kreativität und Kultur als wesentliche Säulen eines zunehmend von materiellen

Ressourcen entkoppelten „gelingenden Lebens“ werden dabei ebenso angesprochen wie die Vorteile für Unternehmen, die durch langfristige Nachhaltigkeitsstrategien auch ökonomisch reüssieren. Mehr und mehr, so etwa Heinz-Peter Wallner, würden Unternehmen die Steigerung gesellschaftlicher Werte in den Blick nehmen: Risikoversorge, Vertrauen der Konsumenten, der Ausbau regionaler Kreisläufe und der Einsatz neuer Technologien würden immer mehr zu Parametern wirtschaftlichen Erfolgs. Erhard Glötzl, Vorstandsvorsitzender der Linz-AG, bringt – und dies lässt von Seiten eines Managers durchaus aufhorchen – den Vorschlag der Kapitalbesteuerung von Unternehmensgewinnen ein, um so dafür zu sorgen, dass Einkommen aus Kapital nicht stärker wachsen als das BSP. Damit wäre ganz im Sinne der GMPI ein Beitrag zu gerechterer Wohlstandsverteilung geleistet. Dass mittelfristig Verträge zur globalen Zukunftssicherung vor allem mit Schaltstellen der ökonomischen Globalisierung – WTO, Weltbank und ILO –, aber auch den UN erzielt werden könnten, ist eine nicht unbegründete Hoffnung der GMP-Initiatoren.

Insgesamt viele bedenkenswerte Vorschläge, die aufzugreifen vor allem die Politik gefordert ist. *W. Sp.*

Global Marshall Plan



6 Fischler, Franz; Ortner, Christian: **Europa. Der Staat, den keiner will.** Salzburg: ecowin-Verl., 2006. 220 S., € 19,80 [D], 21,20 [A], sFr 34,90 ISBN 3-902404-27-2

„Dieses Buch wird ein wichtiger Beitrag zu der jetzigen Nachdenkpause der EU sein. Es wäre zu wünschen, dass die heutigen Entscheidungsträger sich an verschiedenen Antworten von Franz Fischler orientieren könnten.“ So der ehemalige EU-Kommissionspräsident Jacques Santer im Vorwort dieses – man kann es durchaus so bezeichnen – EU-Zukunftsrads. Wer der beiden Autoren welche Ansichten eingebracht oder ob der Journalist Ortner vor allem die Fragen formuliert hat, bleibt dem Leser leider verborgen. Der Ansatz des Buches ist dennoch gut: Nach dem aus dem Internet bekannten Prinzip der „Frequently asked questions“ werden hundert Fragen formuliert und auf jeweils ein bis zwei Seiten beantwortet. Der Bogen reicht von den die BürgerInnen wohl am brennendsten interessierenden und

„Wichtig ist, dass das linear Projekt des Wachstums und der Steigerung an eine Grenze kommt. Es wird zwar weiterhin Bereiche der Steigerung geben, aber parallel wird etwas entstehen, das man als eine neue Form von Sein, von Kultur, bezeichnen könnte.“

(H. P. Wallner in **5**, S. 73)

„Es ist geradezu eine Provokation, dass die legale Steuerhinterziehung durch die so genannten Off-Shore-Plätze, also die Steueroasen, mit etwa 50 Milliarden Dollar pro Jahr befristet wird. Das ist etwa gleich viel, wie die globale Summe der weltweiten Entwicklungshilfe ausmacht.“

(J. Riegler in **5**, S. 103)

„Die Verwirklichung des Binnenmarktes, die Einführung des Euro oder auch die Freiheit des Personenreiseverkehrs haben jeweils 15 Jahre gebraucht, um vollständig umgesetzt zu werden. Logischerweise blicken nationale Leader aber immer mit einem Auge auf den nächsten Wahltermin.“
(Fischler/Ortner in **6**, S. 103)

„Die häufig gestellte Forderung, die EU möge demokratischer und effizienter sein, aber trotzdem soll jeder Mitgliedstaat das Recht behalten, gegen seine Interessen gerichtete Forderungen blockieren zu können, ist einigermassen weltfremd.“
(Fischler/Ortner in **6**, S. 183)

in den Medien auch am meisten lancierten Themen wie Arbeitslosigkeit, Wirtschaftspolitik, EU-Finanzierung oder Erweiterung über eine zukünftige politische Struktur der EU (Stichwort: Vereinigte Staaten von Europa) bis hin zur Entwicklung eines europäischen Bewusstseins, das auch beim Salzburger EU-Gipfel „Sound of Europe“ im Mittelpunkt stand.

Eine klare Absage erteilen die Autoren möglichen Abschottungstendenzen – national oder EU-weit. Die EU müsse sich dem globalen Wettbewerb stellen, ihre Wirtschaften weiter modernisieren und vor allem in Bildung investieren: „Jedes Jahr zusätzliche Bildung, das eine Bevölkerung im Durchschnitt genießt, lässt das Bruttoinlandsprodukt um drei bis sechs Prozent höher ausfallen.“ (S. 31) Ein „Benchmarking“ unter den EU-Staaten solle die erfolgreichsten Wege der Wirtschaftspolitik aufzeigen. Da Agrarpolitik bis heute (leider) die „einzige voll integrierte Politik der Union geblieben“ (S.42) sei, fließen derzeit – so erfährt man – eben 42 Prozent der EU-Mittel in die Landwirtschaft. Die Umstellung der Agrarförderung von Produktionszuschüssen auf „öffentliche Dienstleistungen“ wie Umweltschutz, Landschaftspflege, Erhalt von Grundwasserreserven u. ä. wird begrüßt, die Alternative wäre eine „völlige Industrialisierung der Landwirtschaft“ (S. 36). Eine Rückverlagerung von Agraraufgaben in die Nationalstaaten sehen Fischler und Ortner als durchaus möglich, Forschungsförderung solle dafür aus Effizienz- und globalen Wettbewerbsgründen viel stärker zur EU-Domäne werden.

Ambivalent bzw. nur angedeutet bleiben die Empfehlungen zur sozialen Sicherung angesichts demografischer Verschiebungen und weltwirtschaftlicher Veränderungen. Die Fortschreibung des „Sozialstaat des vorigen Jahrhunderts“ wird einerseits als nicht-wettbewerbstauglich bezeichnet, zugleich aber auch vor der „Zweidrittelgesellschaft“ gewarnt: „Das soziale Netz muss auch weiterhin so dicht geknüpft sein, dass nicht ein Drittel der Leute durchfällt“ (S. 34). Aufhorchen lassen die Gedanken über ein neues Wohlstandsverständnis: „Ist tatsächlich das Bruttosozialprodukt pro Kopf der allein selig machende Maßstab für unser Glück? Was ist uns unser sozialer Friede wert? Kann man sich nicht auch in einer Gesellschaft, die nicht nur darauf aus ist, Gewinne zu produzieren, sondern auch Verluste zu vermeiden, eher wohl fühlen?“ (S. 20), so fragen Fischler und Ortner. Das klingt nach „ökosozialer Marktwirtschaft“ (Fischler ist seit kurzem auch Präsident des Ökosozialen Forums Europa.)

Unterstützung finden Ideen für neue Finanzierungsformen, die für das nächste Budget (2013-2020) erarbeitet und geprüft werden sollen: eine EU-Körperschaftssteuer, eine EU-Mehrwertsteuer (derzeit wird ein bestimmter Anteil des nationalen Mehrwertsteueraufkommens abgeführt, was natürlich einheitliche Mehrwertsteuersätze nahe legt) sowie eine unionsweite Energieabgabe sind angedacht. Als „besonders interessanter Ansatz“ wird die vom österreichischen Bundeskanzler in Diskussion gebrachte Abgabe auf Kapitalstransfers betrachtet.

Weitere Eckpunkte der Empfehlungen: Die EU-Osterweiterung wird alle zu Gewinnern machen, die größte Gefahr hinsichtlich der Türkei wäre, dieser Versprechungen zu machen und Reformen abzuverlangen und sie am Ende – etwa wegen eines Negativbescheids in einem EU-Mitgliedsstaat – dann doch nicht aufzunehmen. Die gemeinsame Vertretung der EU bei der WTO habe sich bewährt, der Weg zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sei zwar schwieriger, aber ebenso wünschenswert. Große Fortschritte und auch den BürgerInnen vermittelbare Effizienzgewinne werde es bei der gemeinsamen Verbrechens- und Terrorbekämpfung geben. Der Vorschlag des Aufbaus einer „europäischen Grenzagentur“ und einer „europäischen Grenzschutzeinheit“ wird daher sehr befürwortet.

Eine gemeinsame Verteidigungsunion wäre erstrebenswert und brächte – so das Autorenduo – die „gleiche Sicherheit mit weniger Geld oder mehr Sicherheit mit dem heutigen Aufwand“, eine gemeinsame Rüstungspolitik darüber hinaus auch ökonomische Vorteile und Arbeitsplätze. Da der „Anteil der Pazifisten in Europa wesentlich höher ist als anderswo in der Welt“ (S. 98), müsse aber strikt auf die Defensivorientierung geachtet werden. Vorgeschlagen wird, mit einem gemeinsamen Katastrophenschutz und kooperativer Verbrechensbekämpfung zu beginnen. Statt die Atomwaffen zu europäisieren, sollte Europa seine Bereitschaft, auf Atomwaffen zur Gänze zu verzichten, als Verhandlungstrumpf für einen weltweiten Verzicht einsetzen. (Dass es in der EU auch Militarisierungstendenzen jenseits von Verteidigungszielen gibt, wird freilich unterschlagen, vgl. Gerald Oberansmayr: Auf dem Weg zur Supermacht, PZ 2005/2).

Ob die EU ein Staatenbund bleibe oder doch zu den „Vereinigten Staaten von Europa“ werde, ist für Fischler und Ortner offen. Die Autoren zeigen Präferenzen für Letzteres, machen aber deutlich, dass strukturelle Veränderungen, etwa die weitere Aufwertung des EU-Parlaments oder die

Umwandlung der Kommission zu einer „Europäischen Regierung“, von den Mitgliedstaaten abhängen und von diesen gewollt sein müssen. Neue Achsenbildungen innerhalb der EU - etwa das Konzept eines Kerneuropas oder eine Kooperation der Großen - wäre aber die „Aufgabe der Idee des gemeinsamen Europa“.

Im Befund über die gegenwärtigen Chancen einer Weiterentwicklung der EU äußern sich Fischler und Ortner eher skeptisch: „Zurzeit ist das Risiko, dass sich die EU von dem erreichten Stand der Integration und von ihrem derzeitigen Status zurückentwickelt, größer als die Wahrscheinlichkeit einer weiteren Vertiefung.“ (S. 200) Um Europa den BürgerInnen besser zu vermitteln, schlagen sie u. a. klarere Aufgabenteilungen zwischen EU-Organisationen und Mitgliedstaaten vor. Die Vorteile lägen auf der Hand: „Wenn es sinnvoll und sogar Kosten sparender ist, stärker europäisch zu handeln, dann führt das logischerweise auch dazu, dass sich die nationalen Haushalte Ausgaben sparen können.“ (S. 43)

Notwendig sei die Thematisierung zentraler Fragen wie Sicherheit der Arbeitsplätze, Zugang zu Bildung, Aufrechterhaltung eines ausreichenden sozialen Netzes. Auch die stärkere Einbindung der Sozialpartner, der Gewerkschaften und Wirtschaftskammern, sowie der Bürgergesellschaft - NGOs werden als wichtiges Rekrutierungsterrain für zukünftige PolitikerInnen gesehen! – soll Europa den Menschen näher bringen. Fischler und Ortner fordern einen „funktionierenden Diskurs“ über Europa. Ihr Buch ist, auch wenn es von der Aufmachung her nur bedingt in die Tiefe gehen kann, durchaus ein wichtiger Beitrag dazu. *H. H.*

Europa



7 Das kritische EU-Buch. Warum wir ein anderes Europa brauchen. Hrsg. v. Attac. Wien: Deuticke, 2006. 319 S., € 19,90, sFr 34,80 ISBN 3- 552-06032-4

Auch nach der jüngsten Initiative zu einem gemeinsamen Nachdenken über die Zukunft der EU – die österreichische Ratspräsidentschaft hatte dazu unter dem Motto „The Sound of Europe“ nach Salzburg geladen – steckt die Union in einer hartnäckigen Krise. Es mangelt – darin stimmen die meisten KritikerInnen überein – vor allem an demokratischen Strukturen, an sozialem Ausgleich

Positionen

Attac zu Europa

- 1. Demokratisierung:** Es müssen die Voraussetzungen für echte demokratische Mitbestimmung auf EU-Ebene wie eine europäische Öffentlichkeit, die Vernetzung der Zivilgesellschaft sowie europäische Parteien geschaffen werden.
- 2. Alternative Wirtschaftspolitik:** Die Instrumente der europäischen Wirtschaftspolitik gehören den Zielen Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit, Geschlechtergerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und regionale Vielfalt untergeordnet.
- 3. Standortwettbewerb beenden:** Dazu sind die Steuer-, Sozial- und Umweltstandards in der EU zu harmonisieren.
- 4. Partnerschaft mit dem Süden:** Eine einprozentige Steuer auf das Vermögen der Superreichen würde mehr als dreihundert Milliarden US-Dollar jährlich einspielen und könnte die Millenniumsziele locker finanzieren.
- 5. Ökologie - Umweltunion:** Oberste Priorität hat die Drosselung des Ressourcenverbrauchs in der EU, den USA und Japan.
- 6. Ökonomische Subsidiarität:** Hier geht es um einen pyramidalen Übergang vom Regionalen zum Globalen.
- 7. Allmenden für das Volk:** Ein wichtiger Demokratisierungsschritt könnte die Weiterentwicklung und Neukonzipierung von öffentlichen Gütern und Dienstleistungen sein.
- 8. Menschenrechte:** Der Grundwert der Gleichheit ist mit wirkungsvollen Sanktionen sicherzustellen.
- 9. Globale Kooperation:** Der Ausweg aus dem Dilemma der globalen Konkurrenz liegt in der Kooperation.
(Christian Felber in **7**, S. 300 - 314)

und an ökologischer Orientierung. Was sind die Gründe für diese Entwicklung und welche Konturen müsste ein tragfähiges „Modell Europa“ ausweisen? Attac Österreich hat namhafte AutorInnen gebeten, sich diesen Fragen zu stellen, eine kritische Bestandsaufnahme vorzulegen und vor allem auch Alternativen zum derzeitigen Kurs aufzuzeigen. Mehr als zwanzig ExpertInnen aus Frankreich, Holland, Deutschland und Österreich sind dieser Einladung gefolgt. Als Ergebnis liegt ein rundum empfehlenswerter Sammelband vor, der in insgesamt 21 Kapiteln die zentralen Themenfelder der aktuellen EU-Verfasstheit sachlich-konstruktiv aufzeigt und – dies ist besonders hervorzuheben – konstruktive Kritik jenseits oberflächlicher Polemik artikuliert (Ein vergleichbar hohes Diskursniveau, wie es die hier versammelten Beiträge auszeichnet, täte so mancher politischen Debatte wahrlich gut!).

Mit Blick auf die Genese der EU (von Rom bis Nizza) zeigt der Ökonom B. Obermayr im einleitenden Beitrag, dass das Integrationsprojekt EU „primär von nationalen Interessen und einer marktwirtschaftlichen Agenda“ geprägt ist. „Eine Weiterentwicklung der EU in Richtung einer sozialen, ökologischen und solidarischen Ge-

„Da sich die Haupt- richtung der Politik zugunsten der weiteren Entfesselung der Marktkräfte ohne gemeinsame Regeln und einer nach wie vor kontraktiven Geld- und Fiskalpolitik nicht geändert hat, werden sich auch die Folgen nicht ändern.“
(J. Huffschnid in **7**, S. 85)